

**Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses
am Dienstag, dem 04.06.2024, im Selbstlernzentrum des Paul-
Spiegel-Berufskollegs Warendorf, Von-Ketteler-Str. 40 in Warendorf**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:55 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bericht der Verwaltung	5
3.	Bauliche Errichtung einer Multifunktionshalle als ersten Bauabschnitt eines Bevölkerungsschutz- zentrums (BSZ)	069/2024 6
4.	Errichtung einer Photovoltaik-Parkplatzanlage am Kreishaus	095/2024 9
5.	Bericht zum Winterdienst 2023/2024	109/2024 11
6.	Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes bei den Gebäuden des Kreises Warendorf	094/2024 12
7.	Antrag FWG-Kreistagsfraktion vom 14.05.2024 "Intelligentes Straßenmanagementsystem"	116/2024 14
8.	Sachstandsbericht zum Neubau des schuli- schen Lernortes in Warendorf	093/2024 15
<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>		
1.	Anmietung einer Logistikhalle bei der Firma Niehoff Sitzmöbel GmbH in Warendorf – Fre- ckenhorst	079/2024 16

Anlagen

- Anlage 1 Folien BSZ Flächen
- Anlage 2 Folie PV Parkplatz
- Anlage 3 Grafiken Einsätze u. Verbrauch Winterdienst
- Anlage 4 Präsentation GEG

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Austrup, Norbert
Berkhoff, Henrich
Claßen, Anne
Duwe, Jens
Engelbrecht, Arne
Grobecker, Hubert
Hugenroth, Bernhard
Hütig, Frank
Kleibolde, Bernhard
Kühnel, Andreas
Lorenz, Thomas
Luster-Haggeney, Rudolf
Lütke-Verspohl, Timo
Pomberg, Ralf
Starke, Dennis
Tarner, Hedwig
Tentrup-Beckstedde, Christoph
Termühlen, Hildegard
von Ketteler, Friedrich-Carl
von der Verwaltung
Bleicher, Herbert, Dr.
Borgstedt, Hendrik
Doerr, Julia
Funke, Stefan, Dr.
Gehringhoff, Christoph
Hackelbusch, André
Holtstiege, Ralf

Herr Luster-Haggeney eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Bauausschuss mit Einladung vom 24.05.2024 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Der Vorsitzende stellt fest, dass kein/e Einwohnerin oder Einwohner anwesend ist/sind.

2. Bericht der Verwaltung	
----------------------------------	--

Kreisdirektor Dr. Funke leitet seine Ausführungen damit ein, dass die Vermögenswerte des Kreises eine wichtige Rolle beim Kreis Warendorf spielen. Eines der Vermögenswerte sei das Kulturgut Haus Nottbeck, für das in den Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2022 bereits Finanzmittel zur Errichtung eines Lagerraumes/-gebäudes eingeplant wurden. Nunmehr liege die Baugenehmigung der Stadt Oelde vor und das Gebäude könne errichtet werden, um im Wesentlichen Stühle, Bühnenausstattung und weiteres Mobiliar lagern zu können.

Zudem habe die Wasserversorgung Beckum mitgeteilt, dass im Zuge dieser Baumaßnahme nunmehr auch ein Trinkwasseranschluss realisiert werden könne. Hierdurch können langfristig dann eine gute Wasserqualität und auch ein konstanter Wasserdruck gewährleistet werden. Die umliegenden Anlieger hätten ebenfalls bereits seit längerer Zeit Interesse an einer Anschlussmöglichkeit bekundet und somit die Realisierung unterstützt. Da diese Kosten nicht im Haushalt für 2024 veranschlagt seien, müsse hier eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von ca. 23.000 € erfolgen. Diese könne jedoch durch Einsparungen bei anderen Baumaßnahmen gedeckt werden. Mit der Leitungsverlegung sei auch bereits begonnen worden.

3.	Bauliche Errichtung einer Multifunktionshalle als ersten Bauabschnitt eines Bevölkerungsschutzzentrums (BSZ)	069/2024
-----------	---	-----------------

Zunächst erklärt Kreisdirektor Dr. Funke, dass die Errichtung einer Multifunktionshalle als erster Baustein eines Bevölkerungsschutzzentrums (BSZ) sehr bedeutsam für den Kreis Warendorf sei. Aufgrund der Sitzung des Ausschusses für Öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz am 28.05.2024 habe man den Beschlusstext ergänzt. Für den Kreisausschuss und den Kreistag werde hierzu eine Ergänzungsvorlage angelegt.

Die Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) des Planungsprozesses solle bis Februar 2026 abgeschlossen sein. Zudem führt Kreisdirektor Dr. Funke an, dass der Bauausschuss, wie gewohnt, regelmäßig über die einzelnen Meilensteine der Planung in seinen Sitzungen informiert werde.

Im Anschluss an diese Ausführungen erläutert Herr Holtstiege, Amtsleiter des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr, dass seit 2015 nunmehr eine Krise der nächsten folge und die aktuellen Wetterereignisse in Süddeutschland die Notwendigkeit eines Bevölkerungsschutzzentrums unterstreichen. Man habe sich in der Vergangenheit stark mit dem Thema Katastrophenschutz auseinandergesetzt und die Kreisleitstelle umgebaut und deutlich erweitert. Im Kreishaus selbst sei im 4. OG ein Krisenstabsraum geschaffen worden.

Des Weiteren seien Aufklärungsvideos erstellt worden, die jederzeit nutzbar seien. Man wolle diese auch in Zukunft auf Veranstaltungen präsentieren und lasse derzeit hierfür einen entsprechenden Anhänger bauen. Viele Menschen in der Bevölkerung seien auf eine Krise nicht richtig vorbereitet. Auch die Bundeswehr habe im Jahr 2021 hierauf deutlich hingewiesen und man habe in die Planungen für das Bevölkerungsschutzzentrum die Leiter der Feuerwehren im Kreisgebiet eingebunden. Zum Thema Feuerwehrausbildung führte Herr Holtstiege aus, dass derzeit eine Fläche auf dem Gelände der Firma Dyckerhoff in Beckum zur Verfügung stehe, um die vom Kreis durchzuführenden Feuerwehrlerngänge abzuhalten. Die Nutzung dieses Geländes und der dortigen Räumlichkeiten werde fortgeführt. Auf der angedachten Fläche für das Bevölkerungsschutzzentrum am Kreishaus seien diese Lehrgänge aus unterschiedlichen Gründen nicht durchführbar. Diese gesamten Planungen seien auch mit den Leitern der Hilfsorganisationen und des THW im Kreis besprochen worden und fanden eine einhellige Unterstützung.

Durch das neue BSZ sei der Kreis für die Zukunft gerüstet und könne notfalls bis zu 300 Personen in nur kürzester Zeit unterbringen und versorgen. Ad hoc in der Krisensituation passende Räumlichkeiten zu finden und kurzfristig herzurichten sei nahezu unmöglich. Der Kreis hält auf einem Container derzeit 500 Betten vor, die im Falle einer notwendigen Unterbringung sofort aufgebaut werden könnten in der Multifunktionshalle. In der Halle werde eine kleine Küche und weitere Infrastruktur zur Verfügung stehen. Ein Sanitäranhänger sei schnell organisierbar. Zudem könnten die Räumlichkeit auch für erforderliche Fortbildungen im Bereich des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes genutzt werden, sowie auch für Prüfungen im Bereich Jagd- und Fischereiwesen.

Herr Borgstedt ergänzt anhand einiger Folien (Anlage 1) einzelne Eckpunkte der Planungsphase 0. Im Rahmen von Workshops konnte daraus ein Raumprogramm entwickelt werden zusammen mit der Firma kplan AG. In dieser Phase wurden die drei Kernbereiche ermittelt. Diese bestehen aus der Multifunktionshalle, einer Lagerhalle und einer Fahrzeughalle. Die Firma kplan AG wurde ebenfalls mit einer Machbarkeitsstudie beauftragt.

Anhand einer Folie stellt Herr Borgstedt sodann die drei einzelnen Baukörper als Beispiel vor. Diese stellen zugleich auch die drei Bauabschnitte dar. Zunächst solle die Multifunktionshalle in den Fokus gelangen. Die Halle ließe sich in einzelne Teilbereiche unterteilen und würde mit einem befahrbaren Hallenboden ausgestattet werden. An die Halle angrenzend sollen einzelne Sozial- und Wirtschaftsräume entstehen. Die Nähe zum Kreishaus spiele bei der Standortwahl ebenfalls keine unerhebliche Rolle, da hier in Krisenfällen die Infrastruktur in Teilen übergangsweise mitgenutzt werden könne.

Ein Bebauungsplan sei bereits vorhanden, sodass das Planungsrecht bereits gegeben sei. Die derzeit grob geschätzten Baukosten belaufen sich auf rund 14 Mio. € und würden daher EU-Vergabeverfahren erfordern. Nach Zustimmung zur Realisierung des Projektes werde der Bauausschuss regelmäßig in seinen Sitzungen über den Fortgang des Projektes unterrichtet. Fertigstellungsziel für den ersten Baustein, die Multifunktionshalle, sei Ende 2028.

Der zweite Baustein beinhalte die Logistikhalle. Hierzu habe ein Unternehmer aus Freckenhorst eine geeignete Möglichkeit angeboten, die jedoch näher in einem gesonderten Tagesordnungspunkt in der nicht-öffentlichen Sitzung erörtert werde.

Im dritten Baustein solle eine Fahrzeughalle entstehen. Der derzeitige Mietvertrag mit der AWG für eine Fahrzeughalle sei zunächst verlängert und ergänzt worden. Hiermit seien mittelfristig die weiteren Bausteine gesichert.

Auf die Nachfrage von Herrn Hütig (AfD) wie schnell bei anderweitiger Nutzung im Katastrophenfall die Halle nutzbar sei, kann Herr Holtstiege mitteilen, dass dies umgehend mit überschaubarem Aufwand erfolgen könne. Die Betten befänden sich auf Abrollbehältern und damit sei ein schneller Aufbau gewährleistet. Für die restliche Ausstattung könnten Unternehmen kurzfristig angefordert werden und eine Versorgung sei somit gesichert.

Zudem ergänzt Herr Holtstiege auf weitere Rückfrage von Herrn Hütig (AfD), dass keine Flüchtlingsunterkunft errichtet werde. Lediglich für eine kurzfristige Unterbringung könne eine Nutzung erfolgen, um eine Verteilung auf die Gemeinden zu gewährleisten. Es solle keine Dauerunterbringung von Personen in der Halle eingerichtet werden.

Ergänzend bringt Kreisdirektor Dr. Funke an, dass in der Vergangenheit als Pufferunterbringung häufig die Sporthalle des Paul-Spiegel-Berufskollegs Warendorf genutzt worden sei. Die letzte Unterbringung im Rahmen der Ukraine-Krise habe den Kreis rund 450.000 € gekostet. Diese Kosten könnten sich durch das BSZ zukünftig deutlich verringern.

Auf die Nachfrage des Flächenverbrauchs und die Verkehrsanbindung von Frau Tarnner (B'90/Die Grünen) kann Kreisdirektor Dr. Funke anbringen, dass die Versiegelung ein wichtiges Thema bei den Planungen gewesen sei und möglichst viel an Grünfläche erhalten bleiben solle. Man wolle nur so viel versiegeln, wie eben nötig. Es werde auch geprüft, ob Teile der Dachflächen begrünt werden könnten oder mit Photovoltaik ausgestattet würden. Eine CO²-neutrale Bewirtschaftung werde hierbei angestrebt. Den Verkehr werde man an die Waldenburger Straße anbinden, da auch in einem Krisenfall nicht mit einem Übermaß an Verkehrsaufkommen zu rechnen sei. Die Personen für eine evtl. Unterbringung würden voraussichtlich mit Bussen transportiert, jedoch wolle man das Verkehrskonzept auch mit in den Planungsprozess aufnehmen. Derzeit sei auch noch nicht festgeschrieben, dass auch alle Bauteile gebaut würden, wenn die Anmietungen langfristig als wirtschaftlich und zielführend gesichert seien.

Herr Borgstedt führt auf die Nachfrage von Herrn Grobecker (B'90/Die Grünen) an, dass bewusst keine komplette Sanitärinfrastruktur eingeplant seien, da man hier in Ad-hoc-Situationen auch auf die Infrastruktur des Kreishauses zurückgreifen könne, bis eine Versorgung vor Ort gewährleistet und aufgebaut sei.

Zudem ergänzt Kreisdirektor Dr. Funke, dass zudem auch die Leitstelle eine gewisse Infrastruktur vorhalte und auch die Kantine des Kreishauses für die Verpflegung der Personen übergangsweise genutzt werden könne. Hier zahle sich die Nähe zum Kreishaus aus und es könne evtl. auch auf weitere Räumlichkeiten dort zurückgegriffen werden.

Des Weiteren führt Herr Luster-Haggeney (CDU) an, dass die Lage ideal gewählt worden sei. In Krisenfällen würden dann pragmatische Lösungen gefunden werden. Zudem bewertet er es als positiv, dass die Bauteile 2 und 3 nicht sofort realisiert werden müssten, aber eine Baureserve vorhanden sei.

Ergänzend merkt Kreisdirektor Dr. Funke an, dass die Bürgermeister bei den Planungen involviert seien. Die geplanten Kosten in Höhe von 14 Mio. € stellten keine direkte Belastung für die Kreisumlage dar, aber würden über die Abschreibungen mit hineinfließen. Der Kreis habe jedoch einen Teil der Investitionspauschale des Landes angespart (ca. 7 Mio. €) und könnte über die Auflösung dieses Sonderpostens die jährliche Abschreibung damit um 50 % reduzieren und somit die Auswirkungen auf die Kreisumlage deutlich verringern.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird mit der Planung und Realisierung der baulichen Errichtung einer Multifunktionshalle als ersten Bauabschnitt eines Bevölkerungsschutzzentrums beauftragt.

Die Planungsleistungen werden zunächst bis einschließlich der Leistungsphase 3 vergeben. Die politischen Gremien werden, wie in den Vorberatungen vereinbart und in den Erläuterungen ausgeführt, engmaschig einbezogen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

4. Errichtung einer Photovoltaik-Parkplatzanlage am Kreishaus 095/2024

Herr Gehringhoff erläutert die Vorlage und merkt an, dass er bereits in der Sitzung des Bauausschusses im November 2023 zu diesem Thema berichtet habe. Anhand einer Skizze (Anlage 2) verdeutlicht er den angedachten Standort einer Photovoltaik-Parkplatzanlage auf dem Parkplatz neben dem Nebengebäude des Kreishauses.

Die Lage dort sei aufgrund des geringen Bewuchses zielführend und zugleich auch für die Öffentlichkeit sichtbar. Plan sei es, 10 Parkplätze zu überdachen, und hierfür würden Kosten in Höhe von rund 100.000 € entstehen. Ein Anschluss der Leitungen an das Kreishaus ließe sich mit wenig Aufwand realisieren und zudem sei der produzierte Strom direkt für die Eigenstromversorgung des Kreishauses nutzbar. Die Eigenstromnutzung betrage ca. 93 %. Die Amortisationszeit belaufe sich auf rund 16 Jahre. Mit der dort produzierten Menge an Strom könnten beispielsweise ca. 5 - 6 Einfamilienhäuser versorgt werden.

Durch die Vorlage solle jedoch durch das Gremium entschieden werden, ob die finanziellen Mittel im Haushalt 2025 eingestellt werden sollen.

Auf die Nachfrage von Frau Tarner (B'90/Die Grünen), ob eine günstigere Möglichkeit auch denkbar wäre entgegnet Herr Gehringhoff, dass die Anlage durch die Straße beidseitig errichtet werden müsse. Die Kosten, Konstruktion / Photovoltaikanlage, verteilen sich im Verhältnis 80:20 bzw. 70:30. Der größere Kostenpunkt stelle die Konstruktion dar. Hierbei habe man bislang eine Stahlbauweise für die Berechnungen zugrunde gelegt. Die Traglast beeinflusse jedoch stark auch die Kosten für den Unterbau.

Kreisdirektor Dr. Funke führt an, dass man bewusst den Ausschuss entscheiden lassen wolle, ob für dieses Projekt die finanziellen Mittel in den Haushalt mit aufgenommen werden sollen. Der Vorschlag, eine solche Anlage zu planen, sei aus der Politik an die Verwaltung herangetragen worden. Jedoch stelle dieses Projekt auch eine Vorbildfunktion dar und daher solle zunächst auch nur in diesem Umfang eine derartige Anlage entstehen.

Herr Borgstedt ergänzt, dass auch die Holzbauweise geprüft werden könne. Bei dem gezeigten Bild handle es sich lediglich um ein Beispiel zur Veranschaulichung.

Herr Hütig (AfD) bringt zum Ausdruck, dass er Photovoltaik nicht befürwortet und eher mehr begrünen würde. Dies würde zum einen mehr Schatten bringen und zum anderen das CO² vor Ort binden.

Hierzu entgegnet Herr Tentrup-Beckstedde (CDU), dass er diese Vorbildfunktion positiv bewerte und die Kosten, wenn möglich, reduziert werden sollten.

Auf die Nachfrage von Herrn Duwe (Die Linke/Die Partei) nach der Ausrichtung der Photovoltaikanlage nach Ost-West erklärt Herr Gehringhoff, dass bislang alle Anlagen des Kreises so ausgerichtet seien, da dies der Stromnutzung der Gebäude entspreche. So könne die Nutzungsspitze bis 12 Uhr ausgeschöpft werden.

Auch Herr Luster-Haggeney (CDU) und Herr Lorenz (FDP) befürworten das Projekt. Herr Duwe (Die Linke/Die Partei) bestärkt dies mit den Regelungen aus der Landesbauordnung NRW, die bei Neuanlegen von mehr als 35 Parkplätzen die Errichtung von Photovoltaikanlagen vorschreibt.

Herr Borgstedt nimmt im Anschluss an die Rückmeldungen, die Prüfung der Möglichkeit Holz für die Konstruktion zu nutzen, mit auf. Eine Fördermöglichkeit bestehe derzeit für diese Form der Anlagen nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird mit der Planung und dem Bau einer Parkplatzüberdachung mit integrierter Photovoltaikanlage in der skizzierten Größenordnung auf einem Teilstück des Kreishausparkplatzes beauftragt.

Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 100 Tsd. € werden im Haushaltsplan 2025 investiv veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 18 Nein 1 Enthaltung 0

5. Bericht zum Winterdienst 2023/2024**109/2024**

Herr Hackelbusch präsentiert mithilfe einiger Folien (Anlage 3) die Zahlen des Winterdienstes für die letzten Jahre. Er führt dabei an, dass der Winter 2006 dafür ausschlaggebend gewesen sei, die Frage nach interkommunaler Zusammenarbeit zu beleuchten. Hierbei könnten Synergien genutzt werden im Bereich Lagerhaltung von Vorräten, aber auch die Informationen für die Einsatzplanung würden über den Landesbetrieb Straßen NRW an den Kreis weitergegeben. Zudem sollen die gezeigten Grafiken den Verbrauch von Salz und Sole verdeutlichen. Die Sole stelle im Gegensatz zum Salz eine umweltfreundlichere Alternative dar, da die Streuverluste deutlich geringer seien.

Herr Luster-Haggeney (CDU) lobt im Anschluss die Arbeit der Kreisbauhöfe.

Auf die Frage nach der konstanten Konzentration der Sole von Herrn Grobecker (B'90/Die Grünen) kann Herr Hackelbusch mitteilen, dass hierzu eine Anlage genutzt werde, die dies garantiere.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6.	Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes bei den Gebäuden des Kreises Warendorf	094/2024
-----------	--	-----------------

Herr Gehringhoff stellt mithilfe einer Präsentation (Anlage 4) die Vorlage zur Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes bei den Gebäuden des Kreises Warendorf vor. Auf die Regelungen bei Neubauten geht er jedoch im Rahmen dieser Sitzung nicht weiter ein. Jedoch weist er auf die Nachrüstpflichten bei Bestandsgebäuden hin.

Der § 71 des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) stelle eine sehr umfangreiche Regelung dar. Hierbei ließen sich die unterschiedlichsten Heizungsanlagen miteinander kombinieren. Die große Frage, die sich der Kreis derzeit stellen müsse, sei sein aktueller Sachstand. Im Bereich der Nachrüstpflichten habe der Kreis bereits in der Vergangenheit einige Punkte realisieren können und sei auf einem guten Weg, die in dem Gesetz normierten Ziele fristgerecht zu erreichen. Hier werde deutlich, dass die Investitionen der Vergangenheit sich hier auszahlen würden. Nunmehr müsse der Fokus auf der Heiztechnik liegen, da hier die Austauschpflicht bis 2045 befristet sei. Derzeit würde bei jeder Umbaumaßnahme parallel auch die vorhandene Heiztechnik bewertet und die Möglichkeit des Austausches oder der Umrüstung auf erneuerbare Energien geprüft und wenn möglich realisiert.

Eine wesentliche Schwierigkeit bei der Erreichung der Ziele seien die alten Heizsysteme mit den damit verbundenen Heizkörpern und den dafür erforderlichen hohen Vorlauftemperaturen. Das Kreishaus stelle dabei einen nicht unerheblichen Teil dar, dass daher noch einiges an Umsetzungsherausforderungen mit sich bringe.

Herr Gehringhoff stellt zudem vor, dass auch die Kommunen verpflichtet seien, eine Wärmeplanung für ihre Gemeinden aufzustellen. Von diesen Planungen sei der Kreis ebenfalls abhängig, um sich evtl. Nahwärmenetzen anschließen zu können.

Bei Neubauten werde es zu Kostensteigerungen in diesen Bereichen kommen und das GEG siehe hierzu ebenfalls umfangreiche Regelungen vor.

Auf die Anmerkung von Herrn Hütig (AfD), dass in den Krisen Öl-Heizungen zum Einsatz gekommen seien und die Frage, ob dies berücksichtigt werde, kann Herr Gehringhoff anbringen, dass derzeit nur das Kreishaus mit einer Öl-Heizung noch ausgestattet sei. In Krisenfällen müssten vorhandene Wärme-Pumpen dann mit Notstrom im Dieselbetrieb versorgt werden. Damit sei man energetisch im Minus, jedoch in diesen Notsituationen flexibel.

Frau Tarner (B'90/Die Grünen) merkt an, dass der Kreis scheinbar bislang alles richtig gemacht habe oder das GEG zu locker mit seinen Vorgaben sei. Positiv sei anzubringen, dass bislang der Kreis den Energiewandel mitgedacht habe und die vorgegebenen 65 % an erneuerbaren Energien ein realistisches Ziel des GEG seien. Der im Gesetz normierte Zeitpuffer müsse ausreichen. Wärmedämmung koste zwar zunächst, aber würde langfristig Energiekosten bezahlbar machen.

Auch Herr Luster-Haggeney (CDU) führt an, dass der Kreis bislang das Ziel des GEG gut im Blick behalte.

Im Anschluss erklärt Herr Grobecker (B'90/Die Grünen), dass viele Vorgaben aus dem GEG bereits schon seit Längerem verpflichtend seien und der Kreis keinen Aufholbedarf zu scheinen habe. Aus seiner Sicht könne das GEG noch weiter greifen und der Kreis solle weiterhin seiner Vorbildrolle gerecht werden. Für den Aufbau von Fernwärmenetzen warte man derzeit auf kommunaler Ebene auf Fördermöglichkeiten durch den Bund.

Zum Abschluss weist Herr Duwe (Die Linken/Die Partei) darauf hin, dass die Landesbauordnung NRW im Bezug auf die nachträgliche Außendämmung von Gebäuden keine Abstandsregelungen beeinflussen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7.	Antrag FWG-Kreistagsfraktion vom 14.05.2024 "Intelligentes Straßenmanagementsystem"	116/2024
-----------	--	-----------------

Als Einleitung zur Vorlage stellt Herr Engelbrecht (FWG) den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 14.05.2024 „Intelligentes Straßenmanagementsystem“ vor. Durch die Einführung eines solchen Systems ließen sich innerhalb kürzester Zeit notwendige Unterhaltungsmaßnahmen an Straßen und Radwegen lokalisieren und umsetzen.

Im Anschluss dankt Herr Hackelbusch für den Hinweis, da dieses System zugleich auch Ressourcen einsparen könne, personeller wie auch finanzieller Art. Er verstehe den Antrag als Prüfauftrag für den Bereich Straßenbau und merkt an, dass durch die bereits erfolgenden Zustandserfassungen (bisher alle 5 Jahre) und wöchentliche Streckenkontrollen (entsprechend vorhandener Dienstanweisungen und Vorgaben der Versicherer) mögliche Unterhaltungsmaßnahmen erkannt und die Umsetzung geplant werde. Die aktuellste Erfassung sei in 2024 erfolgt und werde derzeit ausgewertet.

Zudem habe man in der Vergangenheit bereits Kontakt zu unterschiedlichen Start-up-Unternehmen aufgenommen, die ein Schilderkataster für den Kreis Warendorf aufbauen könnten. Des Weiteren sei auch mit der Stadt Goslar Kontakt aufgenommen worden. Eine Übernahme des dort praktizierten Verfahrens sei jedoch nicht 1:1 möglich. Die Stadt Goslar führe derzeit nur alle Vierteljahre eine Streckenkontrolle durch und dies sei beim Kreis aus Versicherersicht nicht möglich. Wichtig zu erwähnen sei zudem, dass die Stadt Goslar über ein Straßennetz mit vorwiegend einem Streckenprofil von 50 km/h verfüge und der Kreis mit vorwiegend 100 km/h sich somit gravierend unterscheide.

Im Punkt zwei des Antrages wolle der Kreis in Kontakt mit den Städten und Gemeinden treten und die Thematik erörtern.

Herr Engelbrecht (FWG) nimmt diese Aussagen dankend entgegen und die Antwort zu Punkt 1 des Antrages sei für ihn damit umfassend erbracht. Das Vorgehen zu Punkt 2 werde er als Information an die Fraktion weiterreichen.

Im Anschluss merkt Herr Luster-Haggeney (CDU) an, dass er die Vorschrift für eine wöchentliche Streckenkontrolle als überholt ansehe, und bittet um Prüfung, ob hier zukünftig die Möglichkeit für einen größeren Intervall bestehe.

Auf die Nachfrage von Herrn Kleibolde (CDU) ergänzt Herr Hackelbusch, dass für den Kreis nur eine Kontrollpflicht für Straßen und Radwege in seiner Zuständigkeit als Straßenbaulastträger bestehe. Die Zuständigkeit bei Landes/Bundes oder auch Gemeindestraßen bleibe davon unberücksichtigt. Diese läge beim jeweiligen Straßenbaulastträger selbst. Herr Hackelbusch sicherte zu, dass er mit dem Gemeindeversicherungsverband in Kontakt treten werde und prüfen lasse, ob ein 2-wöchiger Rhythmus zukünftig aus Sicht des Versicherers tragbar wäre.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

8.	Sachstandsbericht zum Neubau des schulischen Lernortes in Warendorf	093/2024
-----------	--	-----------------

Herr Borgstedt berichtet über den bisherigen Bauverlauf zum Neubau des schulischen Lernortes in Warendorf. Auch aufgrund nicht idealer Witterungsverhältnisse sei das Projekt im Zeitplan und die Baubüros konnten bereits abgebaut werden. Auch der Baukran könne in Kürze bereits abgebaut werden. Derzeit seien die Erstellung der Fassade und der Einbau der Fenster im Gange. Auch der Dachbau verzeichne gute Fortschritte und die Gesamtkosten entsprächen den Planungen. Im Bereich des Rohbaues sei es zu keinen Nachträgen gekommen. Bei den Ausschreibungen der einzelnen Gewerke können die Kosten in der Waage gehalten werden.

Im Bereich Dachausbau waren jedoch zunächst vier Ausschreibungen erforderlich, da die Firmen sich zunächst zurückhaltend beteiligt hätten. Generell konnte bei allen Baumaßnahmen des Kreises wieder ein größeres Interesse an den Ausschreibungen verzeichnet werden als in der Vergangenheit. Derzeit befinden sich die Estricharbeiten in der Ausschreibungsphase und der Zeitplan schein eingehalten werden zu können. Bislang hatten lediglich die Fassadenelemente etwas zeitlichen Verzug, der aber eingeholt werden konnte. Das Ziel der Fertigstellung im Januar 2025 könne aktuell eingehalten werden. Er freue sich, die Baustelle im Anschluss an die Ausschusssitzung den Gremienmitgliedern zusammen mit dem Architekten präsentieren zu können.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt der Vorsitzende um 10.55 Uhr die Sitzung und weist auf die Möglichkeit der Besichtigung der Baustelle des Neubaues des schulischen Lernortes zusammen mit dem Architekten Thomas Becker hin.

Rudolf Luster-Haggeney
Vorsitz

Dr. Herbert Bleicher
Schriftführer